

fahren sollte, um den italienischen Republikanern Briefe und durchgegriffene Papiere zu übermitteln, die als Erkennungszeichen bei einer gleichzeitig mit der italienischen separatistischen Bewegung abgehaltenen Versammlung von Republikanern dienen sollten. Die dann benachrichtigte italienische Polizei hätte mit einem Schläge die führenden Republikaner Italiens, die nach einem bestimmten Punkt zusammengekommen worden seien und sich ohne Argwohn dort hinbegeben hätten, festnehmen lassen können. Schließlich hat Garibaldi eingestanden, mit dem Führer der italienischen Separatisten, Oberst Macia, zusammengetroffen zu sein. Von der Polizei wurde erklärt, daß man Garibaldi nicht unter Anklage stellen könne, da er sich keines Vergehens gegen das französische Strafgesetz schuldig gemacht habe. Dagegen sei es wahrscheinlich, daß er aus Frankreich ausgewiesen werde.

Die französische Presse aller Parteidirectionen äußert sich einmütig entrüstet gegen das Vorgehen des italienischen Innenministeriums. Das „Echo de Paris“ verurteilt die dazugehörigen, daß Italien weiterhin Frankreich für die Attentate gegen Mussolini verantwortlich mache und ruft sarkastisch aus: „Zum Teufel, wir haben doch den Exportartikel Attentäter nicht auf Lager!“ Der „Quotidien“ glaubt zu wissen, daß Frankreich und England eine gemeinsame Protestaktion in Rom gegen die Ausnahme-gesetze Mussolinis unternehmen werden.

## Vergebung öffentlicher Arbeiten und Aufträge.

Ein Erlass des Reichsarbeitsministers.

Zimmer wieder mußte bisher beobachtet werden, daß alljährlich öffentliche Arbeiten und Aufträge alsbald nach der Verabschiedung der Haushalte fast gleichzeitig in Auftrag gegeben und ausgeführt wurden. Die Folge davon war, daß die beteiligten Gewerbe zunächst reichlich Beschäftigung fanden, daß aber in den letzten Monaten des Haushaltsjahres, in denen die Lage des Arbeitsmarktes sich saisonmäßig zu verschlechtern pflegt, die öffentlichen Arbeiten bereits fertiggestellt waren und sich daher auf den Arbeitsmarkt nicht mehr auswirken konnten.

Das Reichsarbeitsministerium hat deshalb nunmehr in Ausführung eines Beschlusses der Reichsministerkonferenz für Arbeitsbeschaffung die Reichsministerien und die Länderregierungen auf die Notwendigkeit hingewiesen, die öffentlichen Arbeiten künftig innerhalb der einzelnen Wirtschaftsjahre nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes für das ganze Haushaltsjahr zeitlich und örtlich zu verteilen. In diesem Zwecke sollen innerhalb bestimmter Bezirke (Gemeinde, Kreis, Provinz, Land) alle öffentlichen Beschäftigungsstellen vor Beginn des Haushaltsjahres miteinander abgestimmt werden und sich auf die Mitwirkung der Arbeitsnachweisbehörden sichern. Bei der großen Bedeutung der öffentlichen Aufträge ist zu hoffen, daß auf diese Weise ein ausgleichender Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausgeübt werden kann.

## Letzte Meldungen

Vermischte Drahtnachrichten vom 9. November

Die Auflösung des Willingbundes.

Berlin. Zu der Erklärung der Bundesleitung des Willing, die über eine am 6. und 7. November in Berlin abgehaltene Führertagung und die dabei festgelegten „Richtlinien für die nunmehr wieder beginnende Arbeit in Preußen“ berichtet, weist der Antikriegs-Pressedienst darauf hin, daß der Bund Willing durch Verlegung des preussischen Ministers des Innern vom 12. März 1926 verboten und außer dem durch den Minister des Innern mit Zustimmung der Reichsregierung in Preußen aufgelöst worden ist. Diese Wahnahme sei der Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof entgegen und rechtskräftig. Infolgedessen sei der Wiederauftritt des Bundes Willing strafbar. Gegen die Teilnehmer an der Führertagung wie gegen jede Betätigung des Bundes Willing würde das Strafverfahren gemäß §§ 1 und 4 des Gesetzes vom 22. März 1921 eingeleitet werden.

Rausen in Berlin.

Berlin. Der berühmte Polarforscher Friedrich Rausen trat zum Kongreß der Antarktisforschung in Berlin ein.

## Bayern und der Finanzausgleich.

München. Im Bayerischen Landtag führte Finanzminister Dr. Krauß in seinen Darlegungen über die Verhandlungen zum Finanzausgleich in Berlin aus, daß sich durch die Steuerbefreiungen und Steuerermäßigungen des Reichs-Einkommensteuergesetzes und des Lohnsteuergesetzes gegenüber dem Haushaltsvorschlag im Rechnungsjahr 1926/27 für Bayern ein Fehlbetrag von 40 Millionen Mark ergeben werde. Für das laufende und das kommende Rechnungsjahr ergebe sich ein Fehlbetrag von rund 60 Millionen Mark. Die Unterstützung der Erwerbslosenfürsorge in dem bisherigen Umfang beim Lande verbleiben, so würde ein weiterer Fehlbetrag von rund 25 Millionen Mark resultieren. Der bisherige schrittweise Finanzausgleich sei unannehmbar und schließlich undenkbar. Darauf nahm Ministerpräsident Dr. Held das Wort, der ausführte: Der jetzige Finanzausgleich sei kein Ausgleich mehr, sondern eine Bergewal-tigung der Einzelstaaten. Die Lösung der Frage des Finanzausgleichs entscheide über Leben und Tod der Länder. Die ganze Konstitution der Weimarer Verfassung bezüglich des Verhältnisses zwischen Staat und Reich sei auf die Dauer unhaltbar. Der Kampf, um den es gehe, sei der große Entscheidungskampf zwischen Einheitsstaat und bundesstaatlichem System. Die bayerische Regierung sei einmütig überzeugt von der vitalen Gefahr, die in der Entwicklung des Finanzausgleichs liege, und sie sei fest entschlossen, den Kampf mit aller Energie und, wenn sie dazu gezwungen sei, bis zur äußersten Konsequenz durchzuführen. Bayerns Ziel in diesem Kampf sei ein eigenständiges Leben, ein lebenskräftiges Bayern in einem starken, geschlossenen Deutschen Reich.

Diplomatischer Diebstahl in Magdeburg.

Magdeburg. Wie die argentinische Gesandtschaft mitteilt, ist ihrem Mitglied Oberleutnant Zuber aus seinem Kraftwagen in Magdeburg ein Koffer gestohlen worden, in dem sich u. a. argentinische Staatsverträge sowie die Personalpapiere des argentinischen Oberleutnants befanden.

Generalarbeit v. Secht und die Abrüstungskommission.

London. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ behauptet, daß die Ernennung des Generalobersten von Secht als deutscher Vertreter bei der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Berlin ernsthaft erwogen würde, da dem gegenwärtigen Mitglied, dem Grafen Bernstorff, nur ein militärischer Berater von verhältnismäßig niedrigem Rang zur Unterstützung bei technischen Problemen zur Seite gegeben sei. Man sei in Berlin nunmehr der Auffassung, daß ein militärischer Sachverständiger als Hauptdelegierter ernannt werden müsse. Wie von ausländischer deutscher Seite mitgeteilt wird,

ist von einer diesbezüglichen Ansicht der deutschen Regierung nichts bekannt, um so mehr, als Graf Bernstorff bisher nicht die Absicht geäußert habe, zurückzutreten. Es wird überdies darauf hingewiesen, daß fast alle anderen Delegierten der Abrüstungskommission Politiker und keine Militärs sind.

## 300 Tote auf den Philippinen.

New York. Nach den letzten Schätzungen sind durch den Tornado auf den Philippinen mehr als 300 Tote zu verzeichnen, von denen bisher 200 geborgen werden konnten. Tausende von Häusern wurden umgerissen oder von der Springschutt fortgeschwemmt. Die Reis- und Zuckerplantagen sind vernichtet.

Ein amerikanischer Bürgermeister überfallen.

New York. In einem Ort in Illinois wurde der Bürgermeister durch Schüsse getötet, die aus drei Kraftwagen abgefeuert wurden. Gleichzeitig wurde der Leiter der Polizei verletzt. Das Feuer aus den Kraftwagen machte den Eindruck von Maschinengewehrfeuer. Dem Bürgermeister waren vorher bereits Drohungen wegen seiner politischen Tätigkeit zugegangen.

Der Vorsitzende des Außerordentlichen Gerichts in Italien. Rom. Die Wälder melden, daß General Graf Craxi zum Leiter des Außerordentlichen Gerichts ernannt worden ist, welches die in der Vorlage genannten Verbrechen aburteilen soll. Dieser General ist bekannt geworden durch die Strengke, mit der er nach der Schlacht von Karfreit die Heeresdisziplin aufrechterhalten hat.

Der Kirchenkonflikt in Mexiko.

Mexiko. Telegraphische Nachrichten aus Durango zufolge haben die militärischen Behörden im Staate Durango angeordnet, daß sämtliche katholischen Priester in ein Konzentrationlager nach der Stadt Durango gebracht werden sollen, da der Verdacht besteht, daß sie das Volk zum Aufstande aufreizen.

Unterschleife beim argentinischen Regierungsschatzamt. Buenos Aires. In den Rechnungsaussstellungen des Regierungsschatzamt sind Fehlbeträge festgestellt worden, deren gesamte Höhe, wie man vermutet, beträchtlich ist. Wie die Polizei berichtet, handelt es sich um eine sich auf viele Jahre erstreckende Spekulation. Ein höherer Beamter und mehrere Unterbeamte sind verhaftet worden. Einer der Beschuldigten hat Selbstmord verübt.

## Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 10. November 1926.

Wertblatt für den 11. November.

Sonnenaufgang 7<sup>12</sup> | Mondaufgang 12<sup>12</sup> N.  
Sonnennuntergang 4<sup>18</sup> | Monduntergang 9<sup>18</sup> N.  
1821 Der Dichter Hodor Dostojewski geb. — 1855 Der dänische Schriftsteller Sören Kierkegaard in Kopenhagen gest. — 1884 Der Naturforscher Brehm gest. — 1918 Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente.

Den Reigen der diesjährigen Heimatshauptvorträge eröffnete gestern Abend im Gasthof „Weißer Adler“ Herr Prof. Dr. Henning-Grimma mit einer Schilderung des schönen Muldenlandes von Rochlitz und Leisnig über Kleinermuth und Grimma bis Döben und Trebsen und meisterhaft aufgenommenen farbigen Lichtbildern aus dieser Gegend. Einen Willkommensgruß entbot vorerst Herr Oberschüler Kühne den zahlreichen Anwesenden und besonders dem Vortragenden und dann nahm dieser all die Wanderfreudigen bei der Hand. Er wies zunächst auf die Pläne hin, die im Muldengebiete durch Anlage eines großen Kanals und großer Staubecken zur Erzeugung von Elektrizität bestehen. Wohl ist für die nächsten Jahre nicht mit ihrer Verwirklichung zu rechnen, aber wenn sie doch einmal zur Durchführung kämen, dann würden sie eine Verjüngung der landschaftlichen Reize und Schönheiten des unteren Muldenlandes — das als vielbesuchtes Ausflugsziel für die Großstädte Leipzig und Chemnitz dient — bedeuten. Der Weg ging zunächst ins Tal der Zwidauer Mulde, nach dem idyllischen Städtchen Rochlitz am Fuße des Roßliger Berges, dessen rotes Gestein in der ganzen Gegend als Baustein an Türen und Türmen, Fensterstöden und Mauern immer wieder grüßt. Durch weite Auen schlängelt sich dann in silbernem Bunde der Fluß weiter. Goldig war nächste Station. Es ist ein besonderes Kleinod in der Reihe der Muldenstädte. Das von Vater August erbaute Schloß ist wehrhaft und trotzig und doch voller romanischer Reize im Renaissancestil erbaut. Bis vor kurzem war eine Irrenanstalt drin untergebracht. In den engen, winzigen Straßen sehen wir noch „die Heiste“ vorm Haus. Auf den Biergarten, eine parkähnliche Balanlage, sind die Goldbiter ganz besonders stolz. Unterhalb von Golditz liegt bei dem Rittergutsschloß Köttelitz der Zusammenfluß beider Mulden. Nun ging ins Tal der Freiburger Mulde. Auf bewaldeter Höhe grüßt die altersgraue Burg Wildenstein mit der freundlichen Stadt auf dem Berge; Leisnig. Von hoher Warte schweift der Blick hinüber zum lagenunmühenen Dreihägelberg. Und weiter führt der Weg im weiten Flußtal durch saftige Auen, friedliche Dörfer, prächtige Waldstücke, an Zeugen vorgeschichtlicher Zeit und solche aus der Frühzeit unserer Landesgeschichte, an forstliche Voranlagen, Rundhöfen, Schupfwälle und Grabhügel. Die Ruine des Klosters Rimböden und die nahe dabei gelegene Stadt Grimma wurden uns gezeigt mit ihren Schanzweilen und Abzügen an Kirche, Rathaus, alten Häusern, Bröden und Höfen. Mit Bildern vom Schloß Döben und von Trebsen fand die Reise kurz vor Burgen ihren Abschluß. Dem gewandten Führer wurde herzlicher Beifall spendend.

Die schon oft gerühmte Ansicht der Radfahrer, am Abend ohne Licht zu fahren, hat gestern Abend gegen 7 Uhr auf der Staatsstraße nach Eimbach wieder großes Unheil angerichtet. Von Eimbach kam etwa in der Mitte zwischen den beiden Wirtschaften Hildebrand und Grillsche der Fischer Adolf Seinde von hier mit Verwandten gelaufen, als ihn ein ohne Licht und in schnellem Tempo fahrender Radfahrer über den Haufen fuhr. Seine wurde wahrscheinlich innerlich schwer verletzt und war noch diese Nacht ohne Bewußtsein. Auch der Radfahrer stürzte auf die Straße, aber während man sich um den Ueberfahrenen bemühte, hat er sich aufgerafft, kein Rad befliegen und ist unerkannt entkommen. Hoffentlich gelingt es, ihn ausfindig zu machen und der gerechten Strafe zuzuführen.

Kraftpost- und Eisenbahn-Wilsdruff-Mohorn. Anlässlich der kommenden Sonntag in Mohorn stattfindenden Kirmes läßt die Oberpostdirektion folgende Eimberwagen verkehren: Nach Mohorn ab Dresden vormittags 9.30, ab Kesselsdorf 10.10, ab Wilsdruff vormittags 10.25, mittags 1.20 und abends 7.15, ab Grumbach 10.30, 1.25 und 7.20; ab Herzogswalde 10.45, 1.40 und 7.35; ab Mohorn 10.55, 1.50 und 7.45 Uhr. Rückfahrt von Mohorn mittags 12.45, abends 6.40 und 9.40; ab Herzogswalde 12.55, 6.50 und 9.50; ab Grumbach 1.10, 7.05 und 10.05; ab Wilsdruff 1.15, 7.10 und 10.10 Uhr. Während bei den ersten beiden Rückfahrten der Anschluß nach Dresden in Grumbach erreicht wird, fährt der letzte Wagen von Wilsdruff nach Dresden weiter, ab Kesselsdorf 10.20, ab Dresden 11 Uhr abends.

Kocher und heize mit Gas — oder mit Elektrizität? Diese bedeutungsvolle Frage, die für alle Kreise unserer Stadt von Interesse ist, beschäftigt auch die Leitung der hiesigen Baugesellschaft. Dieselbe glaubt, da sie ja Mieter- und Vermieterinteressen in einer Person zu wahren hat, auf Grund des Ergebnisses von ihr mit Freital geführten Verhandlungen in der Verwendung von Energie zu Koch- und Heizzwecken besser zu fahren als bei Gasverbrauch. Zwecks Information und Befragung ihrer Mitglieder wird die Baugesellschaft in der nächsten Woche einen diesbezüglichen instruktiven Vortrag in einer Versammlung halten lassen. Des Allgemeininteresses wegen sollen hierzu nicht nur die Mitglieder der Gesellschaft, sondern alle Mieter und Vermieter aus Wilsdruff Zutritt haben. Inseter in näherer Angabe folgt.

Im Landbund warf am Sonnabend Abgeordneter Schreiber einen Rückblick auf die Landtagswahlen, bei denen die Rechtsparteien größere Verluste erlitten haben, als befürchtet worden war. Auch er gibt die Schuld der Zersplitterung in den bürgerlichen Reihen, hervorgerufen durch den Egoismus einzelner Persönlichkeiten, und erinnert an das jederzeitige Eintreten der Deutschnationalen Partei für die Belange des wertvollen Mittelstandes. Ueber die Bildung der neuen Regierung bemerkt er, daß die kleinen Parteien sich gezwungen sehen werden, sich den alten größeren Parteien anzuschließen, und erwähnt die Betrübnis der Linkssozialisten darüber, daß sie nicht bei der Wahl die erhoffte absolute Mehrheit erzielt haben. Daß die Linkssozialisten eine Koalition mit links eingehen werden, bezweifle sogar die „Volkszeitung“; nachdem sie sich so entschieden für eine positive Politik eingesetzt, würden sie sich durch ein solches Zusammengehen eine unheilbare Wunde geben. Freilich dürfe man in der Politik niemals Niemals sagen. Das Ergebnis der voraussichtlich sehr langwierigen Verhandlungen werde vermutlich eine Koalition von Demokraten, Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationalen und vielleicht der Aufwertungsgruppe sein unter Führung der Nationalsozialisten, also eine Minderheitsregierung mit all ihren Schattenseiten, wobei die Linkssozialisten verjungen würden, das berühmte Jünglein an der Waage zu bilden. Möglich sei aber auch, daß überhaupt keine Regierung zustande kommt und Neuwahlen nötig werden. Dies zu verhindern würden sich die Deutschnationalen nach Kräften bemühen. Abg. Schreiber erstattete hierauf ein sehr interessantes Referat über die Vorstandssitzung des Reichslandbundes und die Führertagung, die in voriger Woche in Berlin stattgefunden haben. Er erwähnt, die Versuche, im Landbunde Uneinigkeit zu säen, die verstärkte Landagitation der Sozialisten und Kommunisten, bei der dem Siebungsgeiz treiben gehen und auch manchen bäuerlichen Reinfall erzielten, sowie die feindliche Stellung der Böllischen gegen den Landbund, die sich in häßlichen Beschuldigungen gegen die Präsidenten Hepp und Graf Raikreuth auswirkten haben. Letzterem wurde seine Mitgliedschaft im Ausschuss der Reichsbank zum Vorwurf gemacht und behauptet, daß er aus Anleihen der Reichsbank große Summen bezöge. Die Wahrheit sei, daß die Teilnahme an diesem Ausschuss auf Beschluß des Landbundes erfolgt. Um Fählung zu behalten, und daß dazu der Besitz von Anteilscheinen nötig ist, deren Betrag sich im Ganzen auf 250 Mark beläuft. Allgemeine Beachtung fanden auf der Führertagung auch die Ausführungen des Oberpräsidenten Winnig, eines früheren Sozialdemokraten, der sich rückhaltlos über die Fehler seiner früheren Partei aussprach, die Revolution von 1918 als reine Lohnbewegung kennzeichnet, den Drang unauflöser Elemente nach der Staatsmacht verurteilt und der sozialistischen Führerschaft einen großen Teil Schuld an den jetzigen Zuständen zumoh. In der Aussprache wurde vor unvorsichtiger Kreditnahme gewarnt, auf die außerordentliche Wichtigkeit der bevorstehenden Gemeindevahlen hingewiesen und aus Berichten verschiedener Mitglieder der Steuerassessoren festgestellt, daß die befürchteten Härten der Gemeindesteuer, die auch vom Abg. Schreiber verteidigt wurde, durch entgegenkommendes Verhalten der Vertreter der Steuerbehörden zumeist ausgeglichen werden sind. Es sind aus dem ganzen Bezirke 28 Beschwerden eingegangen, eine verhältnismäßig geringe Zahl, über die im Dezember vom Ausschuss beraten werden wird. (M. T.)

Wichtiger Termin für Angestellte. Am 31. Dezember 1926 erlischt für frühere Angehörige der Angestelltenversicherung die Möglichkeit, die vor dem 31. Dezember 1923 erworbene Anwartschaft wieder ausüben zu lassen. Bis zum 31. Dezember 1926 erlischt laut Gesetz alle erworbenen Anwartschaften als ausrechenbar. In den Jahren von 1924 an müssen zur Sicherung der Anwartschaft die je nach der Versicherungsdauer vorgeschriebenen Beiträge bzw. vier Wochen verwendet sein. Gemäß § 55 des Versicherungsgesetzes für Angestellte teilt die Anwartschaft wieder auf, wenn der Versicherte die erforderlichen freiwilligen Beiträge innerhalb der zwei Kalenderjahre nachrichtet, die dem Kalenderjahr der Fälligkeit der Beiträge folgen. Bis Ende 1926 können also rückständige Beiträge für das Jahr 1924 nicht entrichtet werden.

Eine neue landwirtschaftliche Woche in Dresden. Wie wir von der Pressestelle der Landwirtschaftskammer erfahren, soll demnächst wieder eine große landwirtschaftliche Woche in Dresden stattfinden. In Aussicht genommen ist die Zeit vom 21. bis 28. Januar 1927. Wie bei den früheren landwirtschaftlichen Wochen soll auch diesmal eine Reihe von sachwissenschaftlichen Vorträgen stattfinden, und zwar in den Vormittagsstunden, von der Landwirtschaftskammer veranstaltet, und nachmittags von den einzelnen Verbänden und Fachgruppen.

Patentschau, mitgeteilt vom Patentbüro Kueger, Dresden. Max & Ernst Darmann, Freital-Deuben: Reineiger für Economisierrohre oder dergl. (Gm.). — Otto Michalk, Freital-Deuben: Rückschlagventil für Druckschmierleitungen an Lokomotiven (ausg. Pat.). — Rich. Mar Dänig, Herzogswalde: Gemischtebel (Gm.). — Ernst Dietrich, Nobenau: Damen-Bendestiftreife (Gm.). — Fa. J. F. Deger, Rabenau: Steuertad-Atzappe als Sitzabsluß für Kinderbaarschneidstühle (Gm.). — Rich. Sachle, Rabenau: Lehnverstellmechanismus für Greiserstühle (Gm.). — Hugo Ebert, Freital: Wasserbahn mit Abstellvorrichtung (Gm.).

Kesselsdorf. (Gemeindevorordnungsung.) Unter Mitteilungen wird folgendes bekanntgegeben: Der Gemeinde Kesselsdorf werden auf den Antrag vom 23. 2. 26 für Kriegsanleihe (4000 Papiermark) Auslösungsrechte in Höhe von 100 Reichsmark gewährt. Der 13. und 14. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung, Vermögenssteuer und Hundesteuer betr., sind von der Amtshauptmannschaft genehmigt worden. Die Lebensunterhaltsätze für Klein- und Sozialrentner betragen vom 1. November 1926 bis 31. März 1927 für die Einzelperson 40, für das Ehepaar 55, für ein Kind 10 Reichsmark. Für die allgemeine Fürsorge kommen folgende Sätze in Anwendung: Einzelperson 32, Ehepaar 44, ein Kind 8 Reichsmark. Die Erhöhung der Sätze gilt nur für das Winterhalbjahr. Im Oktober 1927 findet eine Nachprüfung der Sätze statt. — Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl am 31. Oktober d. J. betrug in Kesselsdorf nur 74,5 v. H. — Ein Baugesuch (Gasmesserhäuschen) der Gasversorgung Ostschlesien (Heidenau) wurde ohne Gemeindebedingung einstimmig genehmigt. — Da im Jahre 1926 ein außerordentlich großer Wegebau ausgeführt wurde, muß im Jahre 1927